

Armut in Kärnten

Dr. Andreas Höferl, Barbara Hauenschild

Wien, August 2007

Inhalt

Einleitung.....	3
Was ist „Armutgefährdung“ und „Armut“	3
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutgefährdung und Armut	5
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutgefährdung und Armut	10
Bildung verringert das Armutsrisiko.....	11
Fast 23.300 PensionistInnen in Kärnten weiterhin armutsgefährdet.....	12
„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko	14
Etwa 13.300 armutsgefährdete MigrantInnen	16
Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich.....	17
Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt.....	19
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutgefährdung.....	20
Anstieg der Haushaltsausgaben	21
Hohe Wohnkosten in Kärnten	23
Verschuldung erhöht Armutgefährdung stark.....	24
Armut ist ein Gesundheitsrisiko.....	25
Quellenverzeichnis.....	27

Einleitung

Mit der Armutsgefährdungsquote von etwa 12,5% lag Österreich 2005 im europäischen Vergleich relativ gut. Dennoch sind die Armutsgefährdungsquoten vor allem in den skandinavischen Ländern deutlich unter dem österreichischen Niveau.

Die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Österreich. Neben dem allgemeinen Konzept der Einkommensmessung für Armutsgefährdung versuchen wir dabei auch andere einflussreiche Indikatoren, vor allem die individuell unterschiedliche Kostenstruktur, mit einzubeziehen.

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“

Wie es um Armut und Armutsgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der etwa alle zwei Jahre erscheinende „Bericht zur sozialen Lage“ des Sozialministeriums Auskunft.¹ Dieser wiederum stützt sich seit kurzem auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria.²

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutsgefährdet waren demnach zuletzt (2005) in Österreich Menschen, die folgende Nettoeinkommen nicht erreichten:

Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2005³

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.796	900	771
1 Erwachsener und 1 Kind	14.034	1.170	1.002
2 Erwachsene	16.193	1.349	1.157
2 Erwachsener und 1 Kind	19.432	1.619	1.388
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.671	1.889	1.619
2 Erwachsener und 3 Kinder	25.909	2.159	1.851

Mit dieser rein einkommensorientierten Sichtweise wird allerdings nicht das tatsächliche Ausmaß von Armut erfasst. Vor allem Ausgaben, finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen (etwa durch Wohnen) werden dabei nicht berücksichtigt, was als Schwäche dieser rein einkommensbezogenen Definition von Armutsgefährdung kritisiert wird. Denn zahlreiche Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht

¹ der letzte „Bericht zur sozialen Lage 2003/2004“ erschien im Februar 2005

² zuletzt erschienen: Statistik Austria, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, Mai 2007

³ ebenda, S.33

armutsgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme: Bereits 2,037 Mio. Menschen (ein Viertel der österreichischen Bevölkerung) lebten zuletzt (2005) in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. 2,016 Mio. ÖsterreicherInnen – ebenfalls ein Viertel der Bevölkerung - lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Das waren um fast 400.000 Personen mehr als noch 2004! 710.000 konnten es sich zuletzt (2005) nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 546.000 konnten sich keine neuen Kleider kaufen. 251.000 konnten aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten.⁴

Treffen Einkommensarmut und Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von Armut gesprochen. Wenn etwa auch keine angemessene Wohnung (etwa ohne Bad oder WC, schlechte Wohngegend) vorhanden ist, wenn Einschränkungen bei Heizung, Kleidung und Nahrung notwendig sind oder Zahlungsrückstände bestehen. Bei 422.000 (der mehr als 1 Mio. armutsgefährdeten) Menschen in Österreich zeigte sich 2005 neben dem unzureichenden Einkommen zusätzlich Deprivation in mindestens einer dieser Dimensionen. Diese Menschen befinden sich damit in manifester Armut.⁵

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich stieg – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11% im Jahr 1999 auf 12% im Jahr 2001 und auf 13,2% im Jahr 2003. Im Jahr 2004 konnte laut EU-SILC mit 12,8% bzw. 1,030 Mio. Menschen „keine Veränderung gegenüber 2003 beobachtet werden“.⁶ Im Jahr 2005 ergibt sich für Österreich eine Armutsgefährdungsquote von 12,3%, womit sie unter den Werten von 2003 und 2004 lag. Daraus kann jedoch nicht auf eine tatsächliche Abnahme der Armutsgefährdung geschlossen werden, denn „die Veränderung gegenüber 2004 liegt im Bereich der statistischen Zufallsschwankungen“, sagt der Bericht der Statistik Austria.⁷ Im längerfristigen Vergleich stieg die Zahl armutsgefährdeten Menschen in Österreich von 1999 bis 2005 real um rund 150.000 Menschen. Der Sozialbericht 2003/2004 räumt vorsichtig ein, dass „steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommensschichten in Österreich“ sein könnten bzw. ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was u.a. mit dieser Arbeit versucht wird.⁸

Die Zahl arbeitsloser Menschen stieg in Österreich von 194.300 im Jahr 2000 auf 239.200 im Jahr 2006, also um fast 45.000.⁹ Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen erhöhte sich in

⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 153

⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S 48

⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.13

⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 15

⁸ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

⁹ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

Österreich von 107.000 Personen im Jahr 2000 sogar auf über 180.000 im Jahr 2005 – eine Zunahme von etwa 73.000 Personen.¹⁰ Auch in **Kärnten** stieg die Zahl arbeitsloser Menschen in diesem Zeitraum von 15.500 auf 17.300 Personen im Jahr 2006¹¹ - ebenfalls eine Zunahme um etwa 1.800 Menschen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Kärnten ebenfalls von 1.065 Personen 2000 auf 1.185 Personen im Jahr 2004.¹², also ein Plus von 11,3%.

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ der Statistik Austria weist seit 2004 bundesländerweise Armutsgefährdungsquoten aus. Danach waren **in Kärnten 2004 13,1% der Bevölkerung (73.000 Menschen) armutsgefährdet, es zeigt sich jedoch eine enorme Steigerung auf 16,3% im Jahr 2005**. Dabei ist aber stets eine gewisse statistische Schwankungsbreite zu beachten ist.¹³ Damit war die **Armutsgefährdungsquote** in Kärnten **2005** mit Abstand die höchste aller Bundesländer.¹⁴

Nicht nur in den Bundesländern, sondern auch zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen lassen sich Unterschiede bei der Armutsgefährdung feststellen. Überdurchschnittlich hoch (20 und mehr %) ist Armutsgefährdung unter Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss, Menschen in Ausbildung, Menschen mit keiner oder nur teilweiser Erwerbstätigkeit, weiters bei Alleinerzieherinnen, Familien mit drei und mehr Kindern bei alleinstehenden PensionistInnen und unter MigrantInnen. Noch höher (30 und mehr %) ist die Armutsgefährdung bei arbeitslosen Menschen und MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten. Und am höchsten ist die Armutsgefährdung bei Menschen, die von Sozialleistungen leben (46 % aller solcher Haushalte) sowie bei Langzeitarbeitslosen (43 % bei Arbeitslosigkeit bis zu 6 Monaten, und sogar 51 % bei Arbeitslosigkeit länger als 6 Monate).

Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In Haushalten mit Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2005) durchschnittlich nur 7% und war damit nur halb so hoch wie der Durchschnitt von 12,5%.

¹⁰ Vgl. APA0163 vom 17.10.2006

¹¹ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹² Neuere Bundesländerzahlen sind noch nicht verfügbar

¹³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 32

¹⁴ Etwas darunter waren die Bundesländer Burgenland (15,2%) und Tirol (14,0%)

Die Intensität der Erwerbsbeteiligung eines gesamten Haushaltes steht ebenfalls in direktem Zusammenhang damit, wie hoch dessen Armutsrisiko ist. Ebenfalls entscheidend sind Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit.

Die Erwerbstätigenquote lag in **Kärnten** zuletzt (2005) mit 66,5% deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (68,6%). Bei Männern betrug sie 74,4% (Ö: 75,4%), bei Frauen 58,6% (Ö: 62,0%). Die Erwerbstätigenquote in liegt damit in allen Bereichen weit hinter den anderen Bundesländern, nur Wien weist ähnliche Zahlen auf.¹⁵

In den letzten Jahren wird eine neue Entwicklung aber zunehmend zum Problem: es gibt immer mehr Menschen, die als „working poor“ bezeichnet werden. Personen, „*die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt*“.¹⁶

Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat in Österreich gegenüber 1999 deutlich zugenommen. 1999 betrug die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Erwerbstätigkeit nur 6%, 2005 bereits 7%; in Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit 1999 8 %, 2005 aber bereits 17%. Und in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit 1999 25%, 2005 bereits 28%. Nur in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote seit 1999 mit 4% unverändert.¹⁷

Vor allem die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzzähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. „*Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben*“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.¹⁸

¹⁵ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S. 193-194

¹⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.35

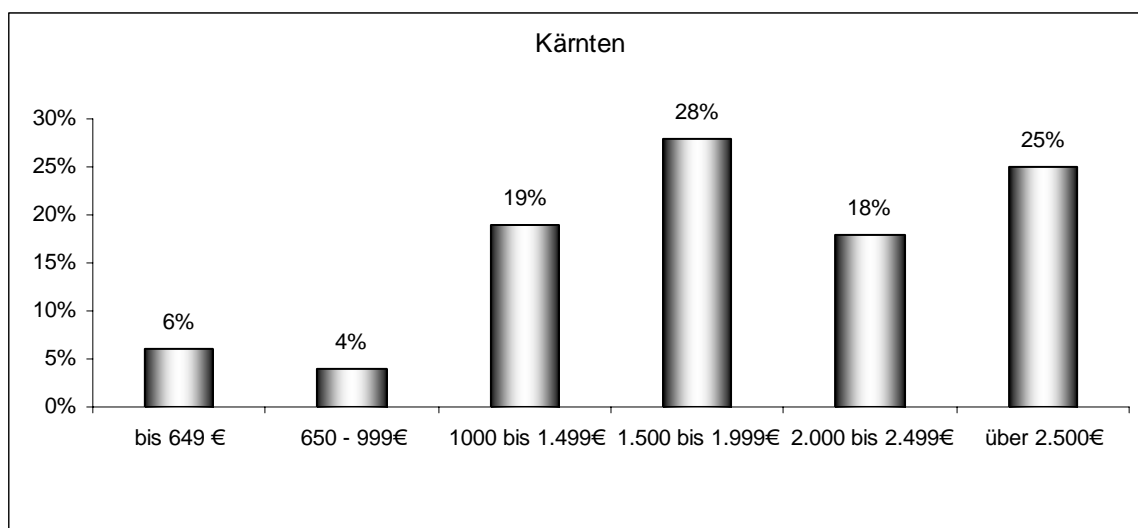
¹⁷ vgl. dazu auch BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192

¹⁸ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmet dem Thema „Armutsgefährdung trotz Arbeit“ bereits ein ganzes Kapitel¹⁹ und stellt u.a. fest: „*Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...)*.“²⁰ Auch die Folgeuntersuchung im Jahr 2005 widmet sich diesem Thema. 7% oder 249.000 erwerbstätige Personen waren 2005 in Österreich trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet. „*Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbssalter sind damit fast die Hälfte (45%) erwerbstätig.*“²¹ Vor allem in Einpersonenhaushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft auf 16% an, bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 19%. Am häufigsten sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Österreich unter Frauen bis 40 und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen zu finden²². Von den 528.000 in Österreich prekär Beschäftigten sind 316.000 (60%) Frauen.

Die Befragung EU-SILC weist für Kärnten im Jahr 2005 aber aus, dass **10% der Erwerbstätigen in Kärnten ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat** hatten und damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle leben:

Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Kärnten 2005²³



Tatsächlich sind **in Kärnten rund 20.000 Erwerbstätige trotz Berufstätigkeit von Armut betroffen („working poor“)**.

¹⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S. 45-51

²⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S. 46 und 48

²¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 35

²² Unter AkademikerInnen beträgt die Armutsgefährdungsrate ebenso wie bei Menschen mit max. Pflichtschulabschlüssen zwar ebenfalls 14%, es zeigt sich hier aber ein anderes Erwerbsmuster.

²³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.146

Die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten ist in Kärnten 2005 zwar leicht angestiegen (plus 2,5% im Jahr 2005 gegenüber 2004), stärker ist dagegen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten gewachsen (plus 9,1% allein im Jahr 2005 gegenüber 2004). 2005 hatten **in Kärnten nur 55% aller ArbeitnehmerInnen** (130.803 von 239.695) einen „Normalarbeitsplatz“, d.h. dass sie ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren. Dieser Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienten in Kärnten 2005 nur etwa 49% eines Vollzeitbeschäftigten. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der ca. 30.500 ganzjährig teilzeitbeschäftigten Frauen in Kärnten näherte sich 2005 bereits der Armutsgefährdungsschwelle.

Über 64.000 (29%) der ArbeitnehmerInnen in Kärnten war 2005 nicht ganzjährig beschäftigt. Ihr durchschnittliches Erwerbseinkommen lag 2005 bereits deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte also neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgrenze. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich bei 16%. Auf Kärnten umgerechnet sind damit im Jahr 2005 **rund 11.800 Personen armutsgefährdet, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren.** Bei Erwerbstätigkeiten unter 12 Wochenstunden ist in Österreich sogar jede/r 5. armutsgefährdet.

Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Kärnten in Euro 2004 und 2005²⁴

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	82.437	84.663	26.265	25.585	1.876	1.828
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	4.214	4.539	13.920	13.672	994	977
nicht ganzjährig beschäftigt	40.624	40.843	8.402	9.142	600	653
Frauen:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	45.124	46.140	19.697	19.815	1.407	1.415
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	27.847	30.451	10.570	10.928	755	781
nicht ganzjährig beschäftigt	23.759	33.058	4.852	4.999	347	357
gesamt:						0
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	127.561	130.803	23.978	24.993	1.713	1.785
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	32.061	34.990	11.010	11.289	786	806
nicht ganzjährig beschäftigt	64.383	73.901	7.092	7.289	507	521
	224.005	239.694	17.999	18.603		

²⁴ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2004 und 2005

Die berufliche Stellung entscheidet über Einkommen und Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko. Personen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.

Zwischen Frauen und Männern zeigt sich noch immer ein deutlicher Einkommensunterschied. Hierbei spielen viele Faktoren eine Rolle. Frauen sind beispielsweise stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Diese werden noch immer hauptsächlich von Männern besetzt. Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.²⁵ Obwohl im Jahr 2005 55% der ArbeitnehmerInnen in Kärnten Männer und 45% Frauen waren, erhielten die Männer 67% sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 33%, was etwa dem österreichischen Durchschnitt (66% und 34%) entspricht. 5.000 Kärntner Frauen (80 % der Kärntner Arbeitnehmerinnen) verdienten damit im Jahr 2004 zusammen etwa so viel wie die 10 % bestverdienenden männlichen Arbeitnehmer (etwa 13.000 Männer).²⁶

Eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist weiters, dass erwerbstätige Frauen, bedingt durch ihre Aufgaben in der Familie (Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw.) wesentlich öfter nur geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr 2006 waren **in Kärnten 73% aller geringfügig Beschäftigten Frauen** (11.403 von 15.609)²⁷.

Eine wesentliche Ursache für die verringerte Erwerbstätigkeit der Frau sind Kinder. Mit steigender Kinderzahl wird der Arbeitsplatz häufig zu Gunsten von Haushalt und Betreuungsaufgaben aufgegeben. Bei Männern im Erwerbsalter hingegen liegt die Erwerbsbeteiligung unabhängig von der Zahl der Kinder bei 80%, lediglich bei Männern mit 3 oder mehr Kindern zeigt sich eine leicht verringerte Erwerbstätigenquote. Da die Erwerbsbeteiligung der Männer generell hoch ist, hängen die Haushaltserwerbsintensität und damit auch das Ausmaß der Armutsgefährdung in hohem Maße davon ab, ob von der Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet wird. Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte oder mehr gegenüber jenen Haushalten, in denen eine Frau im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Entscheidend für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist auch das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt bzw. das Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen.²⁸

²⁵ vgl. dazu: ÖGPP:Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, S. 11

²⁶ vgl. dazu Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2004

²⁷ www.sozialversicherung.at

²⁸ mehr dazu im Abschnitt „Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko“

Neben Alter und Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Von den Männern mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Österreich knapp zwei Drittel erwerbstätig, bei höheren Bildungsabschlüssen sind es etwa 80%.²⁹

Auch Selbständige sind nicht vor Armut geschützt. In Kärnten gab es zuletzt (2004) beinahe 10.300 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig (ohne unselbständige Beschäftigung nebenbei) waren und dabei Einkommen von 10.000 oder weniger Euro pro Jahr auswiesen, womit sie sich an bzw. unter der Armutsgrenze befanden.³⁰ Es waren dies überwiegend kleine Gewerbebetriebe, Land- und Forstwirtschaften.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Die Armutsgefährdungsquote steigt bei Haushalten mit einem Arbeitslosen deutlich - auf etwa 33% - an. Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 45% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.³¹ Diese Personengruppe weist gemeinsam mit Personen in Ausbildung auch die größte Lücke zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und der Armutsgefährdungsschelle auf.

Im Juli 2007 waren in Kärnten 11.025 Menschen arbeitslos, womit Kärnten im mittleren Feld liegt. Dieses Ergebnis wird jedoch durch die Saisonarbeit in den Sommermonaten stark verbessert. Im Jahresdurchschnitt 2006 waren in Kärnten 17.256 Personen arbeitslos, womit Kärnten nach Wien (9,3%) und dem Burgenland (8,5%) mit 7,9% die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer aufweist.³² Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit kurzzeitarbeitslosen (12%) und langzeitarbeitslosen (45%) Personen aus³³, so ist anzunehmen, dass in **Kärnten im Jahr 2006 mindestens 2.100 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet** waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl **das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Kärnten** (aber auch in Österreich insgesamt) **unter der Armutsgrenze** liegen.

²⁹ mehr dazu im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“

³⁰ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004, S. 112 f. und 200 f.

³¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.49

³² www.ams.at Monatsfolder, Arbeitsmarkt aktuell Mai

³³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.42

Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2006 bis zu 90, bei arbeitslosen Frauen bis zu 260 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2005 und damit im Bereich „erhöhter Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen deutlich (um etwa 280 bis über 415 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt werden kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Kärnten 2006³⁴

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
in Euro				
Männer	27,10	813,00 - 840,10	20,80	624,00 - 644,80
Frauen	21,40	642,00 - 663,40	16,20	486,00 - 502,20
insgesamt	24,80	744,00 - 768,80	18,80	564,00 - 582,80

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass das Arbeitslosengeld von Frauen in Kärnten dem österreichischen Durchschnitt von 21,50 Euro pro Tag entspricht. Männer liegen in Kärnten dagegen etwas über dem Durchschnitt von 26,70 Euro pro Tag. Bei der Notstandshilfe liegt der durchschnittlich tägliche Bezug bei Frauen in Kärnten leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (16,40 Euro), bei Männern liegt er hingegen leicht darüber (20,70 Euro).

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem Erwerbsleben setzen sich in der Arbeitslosigkeit fort. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Kärntner Arbeitnehmer war 2006 um 27% höher als jenes der Frauen. Die durchschnittliche Notstandshilfe der Männer war um 28% höher als jene der Frauen. Dennoch ist das in den meisten betroffenen Haushalten nicht ausreichend um Armutsgefährdung zu verhindern.

Bildung verringert das Armutsrisiko

Bildung spielt eine große Rolle, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Bildung hat – wie erwähnt – große Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung. 83% der im Jahr 2006 arbeitslosen Menschen in Kärnten hatten als höchsten Schulabschluss einen Lehrabschluss.³⁵ Bildung hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt aktiv teilzunehmen, auch die Höhe des Erwerbseinkommens wird maßgeblich durch Bildung beeinflusst. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut. Unter Menschen mit nur Pflichtschulabschluss ist die

³⁴ www.ams.at Arbeitsmarktdaten

³⁵ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 14% überdurchschnittlich hoch. Unter AbsolventInnen einer Lehre oder mittleren beträgt sie 7%. Bei MaturantInnen und AkademikerInnen ist die Armutsgefährdungsquote mit 5% unterdurchschnittlich.³⁶

Noch haben 32 % der Kärntnerinnen und Kärntner über 15 Jahren (etwa 150.000 Menschen) als höchste abgeschlossene Bildung einen Pflichtschulabschluss (66 % unter ihnen sind Frauen).³⁷ 233.000 (50 %) der Erwerbstätigen hatten zuletzt (2001) den Abschluss einer Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. 328.000 (50 %) der Erwerbstätigen hatten den Abschluss einer Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. Und 82.800 (18 %) hatten den Abschluss einer höheren Schule, Akademie, Hochschule oder Universität.³⁸ Damit ist die **allgemeine Bildungsniveau der KärntnerInnen sogar etwas besser als im österreichischen Durchschnitt**. Im Schuljahr 2004/05 lag der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen mit 45,2 % aller SchülerInnen und Studierenden in Kärnten allerdings etwas unter dem österreichischen Durchschnitt (53,1 %).³⁹

40,6% aller Frauen in Kärnten (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige) (98.800 Personen) hatten zuletzt (2001) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 23% (51.100) der Kärntner Männer. Im Bereich der höheren Bildung haben Frauen in Kärnten allerdings deutlich aufgeholt: hatten noch 1991 nur 12,5% der Frauen Matura oder Hochschulabschluss (15,1% der Männer), so waren es 2001 bereits 17,4% der Frauen (18,3% der Männer).⁴⁰

Im Schuljahr 2004/05 lag der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen mit 45% aller SchülerInnen und Studierenden in Kärnten deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (53,7%).⁴¹ Gerade Bildung ist für die zukünftigen Erwerbschancen enorm wichtig, so daß diesem Problem entgegengewirkt werden muss.

Fast 23.300 PensionistInnen in Kärnten weiterhin armutsgefährdet

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Kärnten im Jahr 2005 jährlich 16.823 Euro (= ca. 1.202,- x 14) netto (Österreich: 17.792) betrug, betrug die

³⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.36

³⁷ lt. EU-SILC 2004 hat sich dieser Anteil auf 29 % verringert

³⁸ vgl. Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II - Kärnten

³⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 4.09

⁴⁰ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.18

⁴¹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 4.09

durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Kärnten im Jahr 2005 nur 11.325 Euro netto (= ca. 809,- x 14) (Österreich: 12.051).⁴²

Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit in Kärnten bei Frauen um ca. 6% und bei Männern um 5,4% unter dem österreichischen Durchschnitt, damit insgesamt aber noch über der Armutsgefährdungsschwelle. Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die große Bandbreite und Unterschiede der Pensionshöhen wieder.

In Kärnten hatten 2005 Arbeitnehmer eine um durchschnittlich 50% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Waren die Frauen zumeist ganzjährig beschäftigt, so betrug ihre Nettojahrespension 11.695 Euro. Waren sie dagegen nicht ganzjährig beschäftigt, dann betrug ihre Pension nur 4.846 Euro,⁴³ womit sie deutlich unter der Armutsgrenze lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Beschäftigung sowohl im Erwerbsleben wie auch in der Pension für Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit Armutsgefährdung bedeuten. 34% (etwa 21.800) der 64.900 Pensionistinnen in Kärnten hatte (2001) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension.⁴⁴ Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten widerspiegelt.

Im Dezember 2006 hatten 18,5% (23.333 Personen) der PensionistInnen in Kärnten eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine Ausgleichszulage (in einer durchschnittlichen Höhe von 249 Euro pro Monat in Kärnten⁴⁵) bekamen. Im Dezember 2006 beschloss der Nationalrat, den Ausgleichszulagenrichtsatz (für Einzelpersonen) ab 2007 auf 726 Euro für Alleinstehende und 1.091 Euro für Ehepaare monatlich anzuheben, was allerdings nur der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2004 entspricht. Die Höhe dieser Pensionen mitsamt der Ausgleichszulage liegt damit dennoch unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2005 – bei Einzelpersonen etwa um 45 Euro monatlich, bei Paaren um etwa 65 Euro pro Monat. Zudem ist Kärnten das Bundesland, in dem die Ausgleichszulage den größten Anteil am Gesamteinkommen ausmacht. Damit waren **2006 immer noch 23.333 AusgleichszulagenbezieherInnen in Kärnten armutsgefährdet**.⁴⁶ Frauen waren hiervon stärker betroffen, denn sie stellen knapp 70% dieser Gruppe dar.⁴⁷

Stark armutsgefährdet sind generell in Österreich und auch in Kärnten alleinstehende Frauen. 25% aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet, aber auch 19% aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter.⁴⁸ Haushalte von Alleinerzieherinnen

⁴² Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005; sie weist 207.958 Frauen und 172.553 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

⁴³ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005

⁴⁴ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.12

⁴⁵ der Durchschnitt in Österreich liegt bei 250 Euro pro Monat

⁴⁶ www.sozialversicherung.at, Sozialversicherung in Zahlen (August 2007)

⁴⁷ www.sozialversicherung.at, Sozialversicherung in Zahlen (August 2007)

⁴⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.43

(etwa 253.000 in Österreich) und alleinstehenden Frauen (etwa 302.000 in Österreich)⁴⁹ sowie Pensionistinnen (etwa 416.000 in Österreich)⁵⁰ stehen am unteren Ende der Einkommensskala in Österreich. In Kärnten sind knapp 54.000 erwachsene Frauen unverheiratet, weitere 54.500 geschieden oder verwitwet.⁵¹ Etwa 44.100 Kärntnerinnen leben allein, 19.500 sind Alleinerzieherinnen.⁵²

„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko

Haushalte mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein durchschnittliches Armutsrisiko, wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Seit 1993 in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft weit das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt in der Pflegestufe 1 nur 2,80 Euro, in der Pflegestufe 7 6,13 Euro.

Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe. Dennoch sind die staatlichen Unterstützungen zumeist nicht ausreichend um die tatsächlichen Aufwendungen für die Versorgung zu gewährleisten.

Die Armutsgefährdungsquote erhöht sich allerdings sprunghaft (auf 20%), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen, um den Betreuungs- und Pflegeaufwand zu bezahlen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine Person mit besonderen Bedürfnissen lebte, die keinen oder einen nicht ausreichenden Leistungsbezug hatte. Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung besonders deutlich. Die Diskussionen um den „Pflegenotstand“ in Österreich seit dem Sommer 2006 zeigten deutlich auf, dass die bestehenden Leistungen bei höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand vielfach nicht ausreichen.

⁴⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁵⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.43

⁵¹ Statistik Austria: Volkszählung 2001, Hauptergebnisse 1, Kärnten

⁵² Statistik Austria: Familien und Haushaltsstatistik 2005, S. 32

In ländlichen Regionen ist zudem die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft hoch. Man spricht von sog. „verschämter Armut“. In Kärnten erhielten zuletzt (Dezember 2006) 27.600⁵³ Menschen das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben).⁵⁴ Mit einer Inanspruchnahme von 4,9% lag die Inanspruchnahme damit über dem Bundesschnitt von 3,7%. Mehr als die Hälfte von ihnen (58,3%) waren in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2, der Bundesdurchschnitt liegt bei 55,6%.

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Kärnten im Jahr 2004 weitere 5.589 Menschen Landespflegegeld⁵⁵ (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Mit fast 10 von 1000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, welcher Landespflegegeld bezog, auch hier über dem österreichischen Durchschnitt (7 von 1000).

Es gibt auch in Kärnten eine deutliche Differenz zwischen der Zahl der Personen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen, und solchen, die in einem Alter sind, in dem üblicherweise Pflegebedarf entsteht. Die Zahl der Menschen ab 70 Jahren (etwa 42.600)⁵⁶ ist in Kärnten beinahe doppelt so hoch als die Zahl jener, die tatsächlich Pflegegeld bezieht.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen. Zuletzt (2004) wandte das Land Kärnten für die Alten- und Pflegeheime 4,2 Mio. Euro aus, 37,9 Mio. für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 19,9 Mio. Euro.⁵⁷

Armutsgefährdung von Haushalten mit pflegebedürftigen Menschen entsteht allerdings meist dadurch, dass die Erwerbstätigkeit pflegender Angehöriger eingeschränkt wird und/oder erhebliche Kosten für Pflegehilfe anfallen. Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Einrichtungen erbracht, sondern innerhalb der Familien - und hier überwiegend von Frauen (66% der Pflegenden sind Frauen) – sowie in zunehmenden Maße von Betreuungs- und Pflegekräften aus dem Ausland. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90% der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige (oder andere Personen; Anm. der Verfasser) erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten,

⁵³ Auskunft der Statistik Austria

⁵⁴ Dunja Petzl: 10 Jahre Bundespflegegeld Pflegevorsorge – ein statistischer Überblick, S. 250, in: Soziale Sicherheit 5/2003

⁵⁵ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.225

⁵⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.50

⁵⁷ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 08, S.225

Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.⁵⁸ „Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen und 144.000 Männer, die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.⁵⁹ Umgelegt auf **Kärnten** bedeutet das, dass **32.200 Personen durch etwa 29.500 Angehörige betreut und gepflegt** wurden.⁶⁰

Als private PflegehelferInnen fungierten laut der Untersuchung des Sozialministeriums vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Die große und wachsende Zahl ausländischer Betreuungs- und Pflegekräfte wurde offenkundig nicht erkannt oder erfasst. Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitete nur Teilzeit, verzichtete für diese Pflege auf Erwerbseinkommen und geriet deshalb in Armutsrisiko.

Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die Österreichische Raumordnungskonferenz geht davon aus, dass sich die Zahl von Menschen über 65 Jahren in Kärnten von derzeit (2006) rund 100.000 auf 150.000 im Jahr 2031 erhöhen wird bei gleichzeitiger Abnahme der Gesamtbevölkerung in Kärnten um 28.000. Die Zahl der über 85jährigen wird sich von derzeit rund 10.700 auf 21.600 mehr als verdoppeln.⁶¹ Kommt es zu keinem deutlichen Ausbau von Pflegediensten und –einrichtungen bzw. der für Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte - die Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

Etwa 13.300 armutsgefährdete MigrantInnen

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich (26%) ist armutsgefährdet. 79% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommen leben, nur 21% steht höheres zur Verfügung. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Verstärkt wird das geringe Einkommen in Haushalten mit Migrationshintergrund durch die klassische Rollenverteilung.

⁵⁸ Vergl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

⁵⁹ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.44

⁶⁰ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, eigene Berechnungen

⁶¹ Öst. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004, S. 116 ff.

Während etwa 43% der Frauen mit österreichischer Staatsbürgerschaft erwerbstätig sind, liegt der Anteil von Frauen mit türkischer Staatsbürgerschaft bei lediglich 19%. Der Anteil an erwerbstätigen Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien entspricht hingegen dem österreichischen Durchschnitt.⁶² Mit nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute meist schwierig. Aber auch *„Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.“*⁶³

In Kärnten lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (2001) etwa 32.000 Menschen (MigrantInnen) ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das waren etwa 5,7% der Bevölkerung. Weitere 17.800 eingebürgerte Kärntnerinnen und Kärntner (3,2%) waren im Ausland geboren.⁶⁴ Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (27%) bzw. Eingebürgerten (26%) heranzieht und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung in Kärnten nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass **in Kärnten etwa 13.300 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet** sind.

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (4 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17%)⁶⁵. Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und die Frau wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden ist.

Der Sozialbericht 2003/04 nennt ausdrücklich *„das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung“*, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen.⁶⁶ 57% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit enorm abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.

In Kärnten sind etwa 87.500 (2005) Kinder unter 15 Jahre⁶⁷ und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. In Kärnten lebten im Jahr 2005 etwa 30.300 Kinder bis 5 Jahren, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2005/06 befanden sich davon aber nur 12.800 Kinder in Krippen oder Kindergärten.⁶⁸ Das heißt, dass nur 42% der Vorschulkinder in Kärnten in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, aber 58% zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte,

⁶² Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung, Mirkozensus 2006

⁶³ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁶⁴ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Kärnten, S.165

⁶⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁶⁶ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

⁶⁷ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.50

⁶⁸ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2005/2006, S.70

usw.) betreut werden. Die größten Betreuungsmängel in Kärnten gibt es bei Kleinstkindern zwischen 0 und 2 Jahren, von denen 10,1% in einer Betreuungseinrichtung versorgt werden. Dieser Wert entspricht jedoch dem österreichischen Durchschnitt von 10,2% in dieser Altersgruppe.

Unter mangelnder Kinderbetreuung leiden in besonderem Maße alleinerziehende Haushalte. „89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen“, stellt der Sozialbericht 2003/2004 für Österreich fest.⁶⁹ Und: „Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“⁷⁰ Der Sozialbericht kommt daher zum Schluss: „Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“⁷¹

In etwa **jede vierte Familie mit Kindern in Kärnten ist ein AlleinerzieherInnen-Haushalt** (ca. 27.500 der ca. 107.300 Familien mit Kindern). In diesen Haushalten lebten zuletzt (2005) etwa 37.400 Kinder, 15.900 (42%) von ihnen waren unter 15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigen Alter. 87% bzw. 23.900 der alleinerziehenden Elternteile in Kärnten waren bzw. sind Frauen mit zusammen 32.800 Kindern.⁷²

Die Armutsgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2005) mit 27%⁷³ überdurchschnittlich hoch. Man kann davon ausgehen, dass daher zuletzt (2005) **in Kärnten etwa 7.400 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 17.500 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet** waren, davon etwa 6.500 Haushalte von alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 15.300 Frauen und Kindern).

Mit 21%⁷⁴ überdurchschnittlich hoch ist auch die Armutsgefährdungsquote von Familien mit drei und mehr Kindern. Solche gab es in Kärnten zuletzt (2001) etwa 13.700 mit zusammen etwa 45.000 Kindern, von denen über ein Drittel (17.500) unter 15 Jahre alt waren, also in einem Alter, wo mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Etwa 70.000 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern.⁷⁵ Geht man von der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass **in Kärnten**

⁶⁹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁷⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁷¹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁷² Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.151, eigene Berechnungen

⁷³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁷⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁷⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001, eigene Berechnungen

etwa 14.700 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet sind⁷⁶, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

15% (270.000) der Kinder und Jugendlichen in Österreich leben in Haushalten, die armutsgefährdet sind. In Kärnten sind es mit 21% überdurchschnittlich viele. Das heißt: **27.000 Kinder und Jugendliche leben in Kärnten in Haushalten, die armutsgefährdet sind.**⁷⁷

Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt

Zahlreiche Studien zeigen den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder. Vor allem Bildung hat einen starken Einfluss auf das zukünftige Einkommen und somit auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Die EU-SILC Erhebung 2005 behandelt erstmals auch die „intergenerationale soziale Mobilität“, also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Lebens- und Einkommenschancen.

Dabei zeigt sich in Österreich die soziale Selektivität des Bildungssystems. Noch immer haben Kinder aus „bildungsfernen Haushalten“ oder Haushalten mit Migrationshintergrund einen erschwerten Bildungsaufstieg. Während 46% der Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten selbst einen akademischen Bildungsabschluss aufweisen können, erreichen dies nur 5% der Befragten, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben. Die Ergebnisse zeigen auch, dass sich dies seit den 1950er Jahren nicht verändert hat.⁷⁸

Ein Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes und der Bildung, wobei es sich dabei um eine Weiterführung der Ungleichheit von Bildungschancen handelt. Während 36% der Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation maximal Pflichtschulabschluss erreichen ist dies nur bei 7% aus Haushalten mit sehr guten finanziellen Mitteln der Fall. Von diesen erlangen hingegen über ein Viertel einen Universitätsabschluss.

Diese Unterschiede wirken sich auf das spätere Einkommen der Personen aus. Somit wird „der Einfluss des elterlichen Haushalts (...) auch bei der Armutsgefährdung sichtbar.“⁷⁹ Während Personen aus elterlichen Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation eine Armutsgefährdung von 15,3% aufweisen und damit eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung haben, sind jene aus Haushalten mit guter oder sehr guter finanzieller Situation mit einer

⁷⁶ eigene Berechnung

⁷⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.142

⁷⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 60

⁷⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 63

Quote von knapp über 10% deutlich unter dem Durchschnitt. Bei Personen zwischen 25 und 45 Jahren aus finanziell schlechter gestellten Familien ergibt sich sogar eine Armutsgefährdungsquote von 22,3%, was auf den stärkeren Einfluss des Elternhauses als bei älteren Personen zurückzuführen ist.

Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich 60% des Gesamteinkommens aus! Ohne Sozialtransfers wären in Österreich beispielsweise 35% aller alleinstehenden Frauen armutsgefährdet und sogar 55% aller AlleinerzieherInnen. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um die Armutsgefährdung zu verringern.⁸⁰

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Bundes bzw. der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

Fast ein Drittel aller Einkommen in Kärnten kommen aus Sozialleistungen (11%) und Pensionen (19%). **Für 170.000 KärntnerInnen (30% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.⁸¹ Ohne Sozialleistungen wären nicht „nur“ 91.000, sondern 163.000 KärntnerInnen (28% der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm** (ohne Pensionen wären es sogar 255.000 Menschen). 72.000 Menschen kommen in Kärnten durch Sozialleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus. Doch in Kärnten bleiben weiterhin 91.000 (16% der Bevölkerung) armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.⁸²

Schon derzeit reichen also die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich wie auch in Kärnten also nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmengkürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen

⁸⁰ dazu BMSK: „Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁸¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.108 ff.

⁸² Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.131

Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken öffentliche Abgabenerhöhungen armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken. Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Die Kürzung von Einkommen einerseits bzw. höhere Belastungen der Einkommen andererseits zeigten und zeigen zudem deutliche negative Rückwirkungen auf den Inlandskonsum, der trotz Hochkonjunktur deutlich schwächer ausfällt als in vergangenen Aufschwungphasen.

Betroffen waren auch Einrichtungen, welche die Armut bekämpfen sollen: das Einfrieren der Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder und der Wegfall der „Kindergarten-Milliarde“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten haben es den Ländern und Gemeinden erschwert, leistbaren Wohnraum bzw. bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Das Sparen bei öffentlichen Subventionen hat die Arbeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen erschwert. Letztlich hat auch die Verdoppelung der Zuwanderung nach Österreich in den Jahren 2000 bis 2005 zu höherer Armutsgefährdung beigetragen, zumal den Ländern und Gemeinden kaum die entsprechenden Ressourcen für eine Integration (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich) gegeben wurden.

Anstieg der Haushaltsausgaben

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der tatsächlichen Armut sind in den letzten Jahren bei eher stagnierenden Einkommen wachsende Lebenshaltungskosten. In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Reallöhne in Österreich zweimal (2000 und 2001), die Pensionen sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen lagen.

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „*dass Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren.*“⁸³ Und derartige finanzielle Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen Anstieg der Verbraucherpreise seit dem Jahr 2000 bis 2005 mit 10,6% aus. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind im gleichen

⁸³ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

Zeitraum überdurchschnittlich stark um 14,9% und Kosten für die Gesundheit um 13,7% gestiegen.⁸⁴ Allein die Großhandelspreise von Heizöl wurden in dieser Zeit um 34,1% teurer, von Koks und Kohle um 39,9%, von Obst, Gemüse und Kartoffeln um 26,3%.⁸⁵ Diese Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional“.⁸⁶

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulskikurse) gehandelt hat, hat sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Kärnten 2004/05⁸⁷

Ausgabengruppe	in %	Haushalts-	Äquivalenz-
		ausgaben	ausgaben
		in Euro	
Ernährung	13,9	333	211
Alkohol, Tabak	2,5	59	36
Bekleidung, Schuhe	6,0	144	93
Wohnen, Energie	22,2	534	351
Wohnausstattung	6,8	163	98
Gesundheit	3,1	75	48
Verkehr	16,8	403	245
Kommunikation	2,6	63	41
Freizeit, Sport, Hobby	10,4	249	160
Bildung	1,0	25	12
Hotel, Cafes, Restaurants	4,3	103	66
sonstiges	10,4	250	161
Ausgaben insgesamt	100,0	2.400	1.521

Die **durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben** waren in Kärnten zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Konsumerhebung 2004/05) mit durchschnittlich 2.400 Euro monatlich im unteren Bereich der Bundesländer. Allerdings liegen in Kärnten einige wichtige Bereiche

⁸⁴ Im 1.Halbjahr 2006 gab es im Vergleich zum Referenzjahr 2005 einen Anstieg des Gesamtindex von 1,2%; die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind um 3,3% und für Gesundheit um 0,9% gestiegen.

⁸⁵ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 10.03 und 10.04

⁸⁶ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

⁸⁷ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, Seite 87-106; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

über dem österreichischen Durchschnitt, wie etwa Ernährung, Bekleidung und Verkehr. Damit liegt die Kaufkraft Kärntens weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.⁸⁸

Hohe Wohnkosten in Kärnten

Die Wohnkosten sind in der Regel der größte Ausgabenposten von Haushalten. Der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand in Kärnten (für entgeltlich genutzte Wohnungen) betrug zuletzt (2006) 338 Euro, lag damit um 7% unter dem österreichischen Durchschnitt (365 Euro) und war (nach dem Burgenland) der zweitniedrigste Wohnungsaufwand aller Bundesländer.⁸⁹ Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie liegen laut Konsumerhebung (hier werden auch die Kosten selbstgenutzter Eigentumswohnungen und Eigenheime mit eingerechnet) in Kärnten mit durchschnittlich 534 Euro pro Monat unter dem Österreichdurchschnitt (566 Euro). In Kärnten wurden durchschnittlich 22,2% der Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie benötigt (Ö: 22,3%).⁹⁰

Berufstätige hatten laut Mikrozensus in der Regel einen höheren durchschnittlichen Wohnungsaufwand (ca. 400 Euro monatlich) zu tragen als Nichtberufstätige (knapp 300 Euro monatlich). Selbständige, FacharbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen, aber auch Familien mit Kindern, die überwiegend in Wohnungen mit 4 Wohnräumen wohnen, hatten durchschnittlich 442 Euro an monatlichen Wohnkosten. ArbeiterInnen und PensionistInnen sowie Ehepaare ohne Kinder, die meist Wohnungen mit 3 Wohnräumen bewohnten, hatten in solchen durchschnittlich 375 Euro an monatlichen Wohnkosten. Und Einpersonenhaushalte, die meist in Wohnungen mit 2 Wohnräumen leben, hatten in solchen Wohnungen durchschnittliche Wohnkosten von 303 Euro monatlich.

Rund 43.000 Kärntner Wohnungen waren 2001 (laut Gebäude- und Wohnungszählung) im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen.⁹¹ In ihnen wohnten etwa 74.000 Menschen. Auch beim Wohnen ist die Bedeutung von Sozialleistungen – etwa der Wohnbauförderung oder von Wohn- und Mietbeihilfen – wichtig zur Senkung der Wohnkosten durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen.

Dennoch: Für 13% der KärntnerInnen (immerhin 76.000 Menschen) stellten die Wohnkosten zuletzt (2005) eine starke Belastung dar.

⁸⁸ APA0079 5 WI 0417

⁸⁹ www.statistik.at: Entgeltlich bewohnte Wohnungen

⁹⁰ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.203-224

⁹¹ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Hauptergebnisse Kärnten, S.119

Das Kostenniveau ist vor allem für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen belastend. Der Immobilienpreisspiegel 2006 weist für Kärnten durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung zwischen 3,10 und 5,00 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert und 4,10 bis 6,00 Euro/m² bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 595 und 911 Euro/m² bei einfachem Wohnwert und 785 bis 1.100 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren 2006 nicht unter 1.200 Euro/m² zu bekommen.⁹²

Verlässliche Zahlen zur Wohnungslosigkeit in Kärnten gibt es nicht. Laut der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ gab es in Kärnten 1999 209 reguläre Wohn-, Schlaf- und Notplätze für wohnungslose Menschen. Etwa doppelt so viele Menschen hatten nach Schätzungen der Caritas keine eigene Wohnung. Die Zahl der Kündigungs- und Räumungsverfahren betrug in Kärnten 2005 1.816, was einer Zunahme um mehr als 300 (oder etwa 20 %) gegenüber 1999 entsprach.⁹³

Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmenden Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Kärnten ein immer größeres Problem dar: 2006 wurden in Kärnten 734 Privatkonkurse (die dritthöchste Zahl aller Bundesländer) eröffnet mit einer durchschnittlichen Verschuldung von über 165.000 Euro. Kärnten liegt mit der Verschuldung privater Haushalte mit einer Gesamtverschuldung von 106,1 Mio. Euro im österreichischen Spitzenfeld (Platz 4) und hat zudem eine über dem Durchschnitt (130.000 Euro) liegende Verschuldung pro Fall. Im Vergleich zu 2005 hat sich die Zahl der Privatkonkurse weiter erhöht.⁹⁴

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy, Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes Wissen um den richtigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbstständigkeit, eine Scheidung oder Trennung, die Übernahme von Bürgschaften sowie Hausbau bzw. Haus- oder Wohnungskauf.

Die weitaus größten Gläubiger sind die Banken. Konsumkredite werden auch deshalb so stark beworben, weil für die Banken in Österreich die Möglichkeit der rigorosen Eintreibung

⁹² Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2006

⁹³ BM für Justiz – Anfragebeantwortung 3807AB XXII. GP

⁹⁴ Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2006, S.20

der Schulden durch Lohnpfändung besteht. In einigen EU-Staaten sind derartige Gehaltspfändungen entweder überhaupt nicht vorgesehen oder nur dann möglich, wenn es sich dabei um Unterhaltsschulden oder um Forderungen des Staates (z.B. Steuerforderungen) handelt. Diese fehlende Möglichkeit für Gehaltspfändungen seitens kommerzieller Gläubiger hat in diesen Ländern zur Folge, dass bei der Vergabe von Krediten viel vorsichtiger vorgegangen wird.

Armut ist ein Gesundheitsrisiko

Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, woraus auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung resultiert. Bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) treten bei ärmeren Personen häufiger auf. Ärmere nehmen Fachärzte weniger oft in Anspruch und werden früher und häufiger pflegebedürftig. Arbeitslose leiden häufiger an psychosomatischen Beschwerden wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. Alleinerzieherinnen haben doppelt so oft einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand, doppelt so oft zwei oder mehrere chronische Krankheiten bzw. Depressionssymptome als Mütter in Partnerschaften. Umgekehrt haben Kranke weniger Chancen am Arbeitsmarkt.⁹⁵

Neben dem Einkommen ist Bildung der wichtigste Faktor der sich auf die Gesundheit der Menschen auswirkt. Menschen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 50 bis 100% höheres Sterberisiko als HochschulabsolventInnen.⁹⁶ Wichtig für die Gesundheit ist auch die Qualität der Wohnverhältnisse: 32% der Armen leben in Wohnungen mit undichtem Dach, Schimmel oder feuchten Wänden. Ein Fünftel verfügt über keine angemessene Heizmöglichkeit. Bei Kindern von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern treten überproportional asthmatische Erscheinungen auf. Menschen mit geringerem Bildungsgrad beurteilen (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter als Menschen mit höherer Bildung.⁹⁷

Kinder sind von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit und psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht: Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten zeigt sich auch erhöhter Nikotin- und

⁹⁵ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

⁹⁶ G. Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod

⁹⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 125

Alkoholkonsum.⁹⁸ Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind – denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist bei Einkommensschwächeren höher als Einkommensstarken. Eine Befragung von 3.328 SchülerInnen (im Alter von 11 bis 15 Jahren) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

⁹⁸ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

Quellenverzeichnis

AMS: Arbeitsmarktdaten

Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

G. Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod, in: Wiener Seniorengesundheitsbericht, Wien 1996

Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2006, Wien, Jänner 2007

Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002

Öst. Gesell. für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, August 2004

Öst. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004

Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2001/2002, Wien 2002

Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005

Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2006 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien, August 2007

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistiken 2001 und 2004, Wien

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2005, Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2006

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2005/2006, Wien, Juni 2006

Statistik Austria: Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05, Wien

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2001, 2002, 2004 und 2005, Wien

Statistik Austria: Mikrozensus 2002, 2006

Statistik Austria: Statistische Jahrbücher 2006 und 2007

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – Kärnten, Wien, März 2003

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, Wien, November 2004

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2006

www.ams.at

www.statistik.at

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 25. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit,
wie der Bank Austria Creditanstalt und der Wiener Städtischen Versicherung

**Bank  Austria
Creditanstalt**

**WIENER 
STÄDTISCHE**

VIENNA INSURANCE GROUP